

485-492

Herausforderung
'75

Das
Wahl-
programm
der
DVP

Argumente für die
Bundestagswahl

4

^u DVP SP-Reg
SPo

1. Österreich steht vor schwierigen Entscheidungen

Mitten in einer von Krisen und Katastrophen geschüttelten Welt liegt eine Insel der Glückseligen: Österreich.

Dieses Bild deckt sich nicht mit der Wirklichkeit. Auch hierzulande stehen die Zeichen auf Sturm, ist die Sicherheit gefährdet, der Wohlstand bedroht, die Zukunft ungewiß.

Durch Inflation, Verschwendung, Sorglosigkeit und eine verfehlte Wirtschaftspolitik ist nicht einmal mehr die Grundlage unseres Wohlstands, die Vollbeschäftigung, gesichert. Auch wenn die Regierung Schulden über Schulden macht, um wenigstens bis zum 5. Oktober über die Runden zu kommen, steht eines fest: Die Talfahrt hat schon längst begonnen. Seit geraumer Zeit steigen nur noch die Staatsverschuldung, die Kosten und die Preise. Die Lebensqualität ist hingegen im Sinken.

Sogar die Armut ist wieder ein Problem geworden. 40.000 Menschen müssen heute mit einer Zuschussrente von höchstens S 550,- im Monat auskommen. Und wer das Elend der Menschen in manchen städtischen Altersheimen einmal mit eigenen Augen gesehen hat, der weiß, daß es in Österreich auch Inseln der Trostlosigkeit gibt.

Die SPÖ-Regierung hat fünf wertvolle Jahre vertan

Statt die wahren Probleme unseres Landes in Angriff zu nehmen, hat die Regierung den Kopf in den Sand gesteckt und sich mit Gags begnügt: Der dringlich notwendige Energieplan wurde durch die Empfehlung des Naßrasierens ersetzt; die längst

fällige Verwaltungsreform sollte mit dem Trick der Diensttaxis vorgetäuscht werden. Bei jeder Kanzler-Pressekonferenz eine neue unseriöse Ankündigung – Luftballons statt echter Reformen.

Der Sack der eigentlichen Probleme wurde nicht einmal noch richtig aufgemacht. Die Ausgangsposition ist heute für viele in Österreich ungünstiger als beim Amtsantritt der sozialistischen Alleinregierung im Jahre 1970:

● **Das Leben ist teurer und unsicherer geworden.**

In diesen fünf Jahren ist vieles kostspieliger, aber deshalb nicht besser geworden. Ganz im Gegenteil. Das Leben in unserem Lande ist heute unsicherer, ungesünder, ungemütlicher und unangenehmer: unerschwingliche Wohnungen, verstopfte Straßen, Lärm, Luftverpestung, unzulängliche Krankenversorgung, wachsende Kriminalität, ein schlechtes Fernsehprogramm. Preissteigerungen wie noch nie – und die Angst, nicht nur das ersparte Geld, sondern auch den Arbeitsplatz zu verlieren.

● **Die Bürokratie ist aufwendiger denn je.**

Neue Gesetze und Reformen brachten keine Vereinfachungen und Einsparungen, sondern nur noch mehr Schreibtische. Trotz gigantischem Computereinsatz ist die Zahl der Dienstposten seit 1970 um 13.354 gestiegen – In der Zeit der ÖVP-Regierung ging sie trotz zusätzlicher Einstellung von Lehrern um 3733 zurück. Wohin man schaut: Neue Ministerien und Staatssekretariate, neue Räte, zusätzliche Kommissionen. Die Amtswege sind noch unübersichtlicher, noch länger geworden.

● **Die Staatsfinanzen sind zerrüttet.**

Der sozialistische Finanzminister ist mit seinem Budgetlatein am Ende. Bundesfinanzschulden, Verwaltungsschulden und die Übernahme von Bundeshaftungen haben eine Rekordhöhe erreicht, die der Finanzminister immer wieder zu verschleiern sucht. Lizitation und Verschwendung haben dazu geführt, daß der Bund heute sogar seine dringlichen Verpflichtungen wie Schul- und Straßenbau vernachlässigt. Rechnungen werden monatelang nicht bezahlt. Das alles nach Jahren der Hochkonjunktur und Steuer-

supereinnahmen. Wegen dieser Regierung muß sogar das Geld für die Pensionen ausgeborgt werden. So weit hat es diese sozialistische Regierung gebracht!

Schuld daran ist nicht allein die unbeschreibliche Verschwendung und der feudale Repräsentationsaufwand. Die Sozialisten können nicht richtig wirtschaften. Sie können neue schöpferische Kräfte nicht mobilisieren, sondern nur Vorhandenes administrieren; sie versuchen, alles zentralistisch zu lenken.

Die SPÖ-Führung hat den Kontakt zum Volk verloren

Vielen sozialistischen Spitzenfunktionären ist auch die Verbundenheit mit der Bevölkerung abhanden gekommen. Sie reden wohl ständig von Demokratisierung, haben dabei aber mehr den Ausbau ihrer Machtapparate als die Mitbestimmung des Volkes im Auge.

Ihre Politik ist weniger darauf ausgerichtet, die für das Volk brennenden Probleme zu lösen, als vielmehr darauf, einzelne Gruppen gegeneinander auszuspielen. Die Arbeitnehmer gegen die Unternehmer, die Konsumenten gegen die Bauern, die Schüler gegen die Lehrer, die Patienten gegen die Ärzte ...

Sie haben kaum noch ein Gefühl für die wirklichen Anliegen des einzelnen Menschen, sondern konzentrieren sich immer mehr auf die Manipulation der Masse.

Weniger Transparenz – mehr Propaganda

Inzwischen ist die Regierung ein einziges Propagandaministerium geworden:

- Da wurden mit Steuermillionen ganze Inseratseiten gekauft, um Versagen als Leistung hinzustellen. Es ist kein Zufall, daß ausgerechnet die schwächsten Minister die meisten Steuermittel für „Information“ verwendet haben.
- Da wurde der ORF zum Regierungsrundfunk, damit nur ja keine unangenehme Kritik an dieser Regierung laut und der Unterschied zwischen ihren Worten und Taten aufgezeigt werden kann. Denn was hat diese Regierung vor den letzten

*Sicherheits- Verwaltungsreform
Hans - Budget 76.*

Wahlen der österreichischen Bevölkerung nicht alles versprochen und dann nicht gehalten: „Beseitigung der Armut“, „Kampf dem Sterben vor der Zeit“, „In jedem Jahr um 5000 Wohnungen mehr“, „Damit das Einkommen wieder Freude macht“, „Wir werden das ORF-Gesetz nicht ändern“, „Budgetdefizite mit acht oder neun Milliarden sind doch ein Wahnsinn“, „Wir werden an den toten Grenzen einen breiten Wohlstandsgürtel schaffen“.

Keines dieser Versprechen wurde gehalten!

Aus diesem Grund sollte der Wähler sozialistischen Versprechungen gegenüber mehr denn je mißtrauisch sein. Wer sagt uns, daß diese Partei bei einem Rückgang der Vollbeschäftigung trotz ausdrücklichen Versprechens, die Arbeitsplätze zu sichern, sich nicht mit den gleichen Ausreden vor Verantwortung drücken wird wie bei der Inflation?

Die ÖVP gibt klare Antworten, wie wir aus der Krise herauskommen und wie wir die Zukunft bewältigen.

2. Die Krise überwinden

Die neue Regierung wird sich den Problemen der Krise stellen müssen. Dazu wird es notwendig sein, Wirtschaft und Staatshaushalt wieder in Ordnung zu bringen.

Für die Sanierungsphase hat die ÖVP ein Konzept erarbeitet, wie die Arbeitsplätze gesichert werden können und die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen ist.

Nach der Konsolidierung von Wirtschaft und Staatshaushalt will die ÖVP ihre Vorstellungen verwirklichen, wie wir in Zukunft besser leben können, wie sie in den Plänen zur Lebensqualität entwickelt wurden.

Die Basis für eine bessere Lebensqualität ist aber die Bewältigung der gegenwärtigen Krisenprobleme:

● Fangnetz zur Arbeitsplatzsicherung.

Das wichtigste Anliegen ist die Sicherung der Arbeitsplätze. Bund und Länder sollen gemeinsam „Feuerwehrfonds“ für die gesamte Wirtschaft errichten, für die sie je 200,- Schilling pro Kopf der Erwerbstätigen (Beschäftigte im öffentlichen Dienst ausgenommen) bereitstellen.

Mit den Feuerwehrfonds können die Länder Ausfallsbürgschaften für Betriebe übernehmen,

deren Arbeitsplätze gefährdet sind. Insgesamt könnte auf diese Weise ein Haftungsvolumen von einer Milliarde Schilling für die Arbeitsplatzsicherung aufgebracht werden.

Für die Sicherung der Beschäftigung wird es auch notwendig sein, das Instrument der **Kurzarbeiterunterstützung** besser einsetzbar zu machen; das derzeitige Höchstausmaß von drei Monaten sollte auf sechs Monate verlängert werden.

Die **Arbeitsmarktförderungsmittel** sollen vor allem in bedrohten Regionen und Branchen auf spezielle Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen konzentriert werden, die den Abbau von Arbeitskräften verhindern können.

● Koordinierte Inflationsbekämpfung.

In einem **Wirtschafts- und Sozialpakt** soll als stabilitätspolitische Absicherung für kräftige Konjunkturbelebungsmaßnahmen zwischen Regierung, Parteien und Sozialpartnern bindend vereinbart werden, daß im Laufe eines Jahres die Lohn-, Preis- und Steuerpolitik aufeinander abgestimmt werden. Damit wäre eine Sicherung der Beschäftigung und eine wirkungsvolle Inflationsbekämpfung zu erreichen. Im Wirtschafts- und Sozialpakt ist von vornherein eine allfällige Verlängerung des Abkommens um ein Jahr vorzusehen. Ziel der Vereinbarung ist die Senkung der Inflationsrate um mindestens ein Prozent jährlich bei Sicherung der Vollbeschäftigung. Die Geld-, Budget- und Währungspolitik ist ebenfalls auf dieses Ziel auszurichten.

Zwischen Bund, Ländern und Gemeinden soll ein **Stabilitäts- und Konjunkturabkommen** abgeschlossen werden. Bund, Länder und Gemeinden sollen sich verpflichten, ihre Investitionspläne aufeinander abzustimmen, Konjunkturbelebungs- und Krisenbekämpfungsmaßnahmen zu koordinieren und ihre Budgetmittel stabilitätsgerecht einzusetzen.

● Budgetsanierung

Ein **Belastungsstopp** soll die Investitions- und Konsumkraft in Österreich sicherstellen. In der Sanierungsphase sollen weder Steuern erhöht noch Steuern gesenkt werden. Die Budgetsanierung erfordert einen rigorosen **Verschwendungs-**

*Arbeitsmarkt - Arbeitsplatzsicherung
- Arbeitsmarktförderung
Wirtschafts- und Sozialpakt
- Investitionspläne
- Konjunkturbelebungsmaßnahmen*

*Finanz- Budget 76
Sozialp.*

stopp. Das gilt nicht nur bei spektakulären Projekten mit Prestigecharakter, sondern auch für die Vermeidung aller Ausgaben, die nicht unbedingt notwendig sind. Ein **Bürokratiestopp** muß dafür Sorge tragen, daß die Verwaltung nicht noch weiter aufgebläht wird. In der Sanierungsphase dürfen freiwerdende Dienstposten nicht neu besetzt werden, wenn nicht alle Rationalisierungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind.

● **Sicherheit für Mindesteinkommen und Alter.**

Die ÖVP will der Bevölkerung Garantien anbieten, die jeden Österreicher davor bewahren, auch bei unabwendbaren wirtschaftlichen Bedrohungen von außen seine materielle Existenzgrundlage einzubüßen.

Mindesteinkommensgarantie

Auch im Fall der Arbeitslosigkeit muß dem einzelnen Arbeitnehmer eine entsprechende Hilfe zur Sicherung seiner Existenz garantiert werden: Jeder Arbeitslose soll die doppelte Familienbeihilfe bekommen. Familien mit Kindern soll das harte Los der Arbeitslosigkeit etwas erleichtert werden.

Außerdem muß eine Härteklausele im Arbeitslosenversicherungsgesetz ermöglichen, daß bei besonderen Schwierigkeiten und Belastungen (Familiengröße, Wohnungsaufwand, Kreditverpflichtungen) eine zusätzliche Unterstützung über die normale Arbeitslosenunterstützung hinaus gewährt wird.

Bestehende Rückzahlungsverpflichtungen für Wohnbauförderungskredite sollen für maximal zwei Jahre gestundet werden.

Sicherheit für alle Sparer

Gerade für ältere Menschen ist es wichtig, daß sie über Ersparnisse jederzeit verfügen können; dies soll auch für begünstigte Sondersparformen gelten.

Bei Bausparverträgen, welche von Personen über 65 Jahre abgeschlossen werden, soll die Bindungsfrist ohne Prämienverlust verkürzt werden. Eine ähnliche Regelung ist beim Prämienkontensparen für Pensionisten zu treffen.

Für die Sicherung der Sparguthaben kleiner Sparer bei einer Insolvenz von Kreditinstituten

soll ein Garantiefonds für Sparguthaben bis zu 100.000 Schilling pro Person bürden.

Sozialgarantie

Die ÖVP tritt dafür ein, daß die Regierung der österreichischen Bevölkerung eine **Sozialgarantie** geben muß. Die für die Finanzierung der Pensionen notwendigen Mittel müssen in voller Höhe im Staatsbudget enthalten sein. An notwendigen Verbesserungen zur Beseitigung drückender Armut sind außer der Pensionsgarantie zu gewährleisten: die Anhebung der Ausgleichszulagen für die Ärmsten über das Ausmaß der Pensionsdynamisierung hinaus, die Angleichung der bäuerlichen Zuschußrenten an die Bauernpensionen, eine systematische Erhöhung der Familienbeihilfen und die Verbesserung der Sozialleistungen für Behinderte.

Diese Sozialrechte müssen für die Regierung auch in der größten finanziellen Notlage unantastbar sein.

3. Die Lebensqualität verbessern

Wenn die vier Pläne der ÖVP für mehr Lebensqualität verwirklicht werden, so erfordert das mehr als technokratisch-wirtschaftliche Reformen.

Dieses Ziel – eine Verbesserung der Qualität des Lebens – wird in dem Bewußtsein formuliert, daß der Mensch von mehr lebt als „vom Brot allein“. Ebenso ist klar, daß – bei allen wertvollen Anregungen der Pläne – Programme allein noch nichts verändern, Einzelmaßnahmen oft nicht genügen und durch Institutionen-Kosmetik die Situation der Menschen nicht verbessert werden kann. Entscheidend ist der persönliche Einsatz von Menschen als Träger von Ideen, der Wille zur Durchsetzung und die Bewußtseinsbildung, die von ihnen ausgeht.

Bei der Verwirklichung der Idee der Lebensqualität werden wir uns von folgenden Grundsätzen leiten lassen:

- Es gibt nicht eine Qualität des Lebens, sondern individuelle Lebensqualitäten, deren Realisierung die Politik ermöglichen soll.
- Politik ist daher für uns nicht Verwirklichung einer kollektiven Heilsbotschaft, sondern ein Prozeß, der Chancengleichheit bei der Realisierung individueller Lebensziele sichert.

- Die Abhängigkeit und das Ohnmachtsgefühl der Menschen gegenüber den großen bürokratischen Apparaten müssen abgebaut werden. Die Verwaltung soll daher menschnah und dezentralisiert organisiert werden, wo immer dies möglich ist.
- Der Leistungswille der Menschen muß gefördert werden; der Trend zu leistungshemmenden Nivellierungen ist abzubauen. Qualität des Lebens heißt auch Qualität der Leistung.
- Unsere Kultur gehört nicht nur für die internationale Auslage, sondern muß Teil unseres Lebens sein bzw. werden.
- Wir müssen ein neues und stärkeres Selbstbewußtsein als Österreicher entwickeln: Nicht als Volk, das von den Ereignissen „draußen in der Welt“ bloß betroffen wird, sondern als Volk, das in dieser Welt auch aktiv seine Möglichkeiten nützt.

3.1 Wir im Berufsleben

Vollbeschäftigung ist mehr als eine Frage der Existenzsicherung. Sie ist ein Gebot der Moral. Das **Recht auf Arbeit** muß daher allen zustehen. Jeder Österreicher soll nicht nur einen Arbeitsplatz, sondern auch die Chance haben, Leistungen zu erbringen, die seinen persönlichen Fähigkeiten und Neigungen entsprechen.

Für jeden **Jungen Menschen**, der die Schule verläßt oder seine Ausbildung beendet, wollen wir alles unternehmen, um ihm möglichst eine seiner Ausbildung und seinen Fähigkeiten entsprechende Beschäftigung zu sichern. Voraussetzung dafür ist auch eine starke Verbesserung der Berufsvorbereitung. Rasche Anpassungsfähigkeit und berufliche Umstellungen werden in Zukunft mehr denn je nötig. Da es für die persönliche Entwicklung des einzelnen im Beruf wesentlich ist, daß er die Chance zum Aufsteigen und zur Übernahme von Verantwortung erhält, werden die Möglichkeiten für eine permanente Weiterbildung verbessert werden müssen.

Lehrlinge und Schüler sind in der Bildungsförderung gleichzustellen, auch den Lehrlingen müssen Freifahrten zur Schule und Lehrstelle gewährt werden.

Gleiche Aufstiegschancen sind im Berufsleben auch den **Frauen** einzuräumen; nicht das Geschlecht, sondern die Qualifikation soll entscheidend sein. Hausfrauen und Mütter müssen, falls sie es wünschen und das Heranwachsen der Kinder es ermöglicht, Hilfen zur Wiedereingliederung in die Berufsarbeit erhalten.

Die Chancengleichheit muß auch für **ältere Arbeitnehmer** gewahrt bleiben. Älteren Menschen fällt es oft schwer, sich in einem neuen Beruf, auf einer neuen Arbeitsstätte zurechtzufinden. Bei Kündigung sind sie benachteiligt, weil sie schwerer als junge Menschen einen neuen Arbeitsplatz finden. Für ältere Arbeitnehmer muß daher nach zehnjähriger Betriebszugehörigkeit ein besonderer gesetzlicher Kündigungsschutz gelten.

Auch **arbeitswillige Pensionisten** sollten nicht durch die Sozialgesetzgebung an einer weiteren beruflichen Tätigkeit gehindert werden. Die geltenden Ruhensbestimmungen sind daher stufenweise abzubauen.

Auf dem Arbeitsplatz soll dem einzelnen mehr **Mit-sprache** bei der Gestaltung und dem Ablauf der Arbeit eingeräumt werden. Die innerbetriebliche Mobilität, die Mischung der Arbeitsvorgänge ist zu fördern. Die ÖVP will eine betriebliche **Mitbestimmung und Vermögensbildung**, die das Interesse des einzelnen Arbeitnehmers am betrieblichen Geschehen erhöht und sein persönliches Engagement verstärkt. Die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand soll grundsätzlich so gestaltet werden, daß die persönliche Verfügungsgewalt des Arbeitnehmers über seine Vermögensanteile und die Dezentralisierung des gebildeten Vermögens gewährleistet ist.

Unternehmerische, risikoreudige Menschen sollen vom **Unternehmerberuf** nicht deshalb ausgesperrt bleiben, weil ihnen die Mittel zur Gründung eines Betriebes fehlen. Das ist weder mit der Chancengleichheit noch mit dem Leistungsprinzip vereinbar. Deshalb sollen alle unternehmungsfreudigen Menschen unseres Landes **Startkredite** zum Aufbau eines Betriebes, eines Geschäftes oder eines Büros erhalten.

Kleinen Unternehmern, Inhabern von Kleinstbetrieben, soll die Führung ihres Unternehmens dadurch erleichtert werden, daß sie von Verwaltungsarbeiten für die öffentliche Hand möglichst entlastet werden. Anstelle der Vielzahl von Betriebssteuern und Ab-

Arbeitsmarkt - Arbeitsreform - Mitbestimmung
 Arbeitsplatzsicherung
 Sozialpolitik
 Berufliche Ausbildung -

gaben, die an die verschiedensten Behörden abgeliefert werden müssen, sollen sie nur eine **pauschale Steuer** an das Finanzamt entrichten müssen, das diesen Betrag nach einem bestimmten Schlüssel an die verschiedenen öffentlichen Körperschaften aufteilt.

Die hohe Inflation der letzten Jahre hat die Kapital- und Ertragssituation der Unternehmen verzerrt, wovon die Kleinbetriebe besonders betroffen werden. Die geltenden Bewertungs- und Bilanzierungsvorschriften führen zu einer substanzverzehrenden Scheingewinnbesteuerung, die die Investitionsmöglichkeiten zunehmend einengt. Die in der Kalkulation übliche Bewertung und **Abschreibung zu Wiederbeschaffungspreisen** soll auch steuerrechtlich stufenweise Anerkennung finden, um die Inflation bei der Abschreibung zumindest teilweise berücksichtigen zu können und die Scheingewinnbesteuerung zu mildern.

Ziel der ÖVP ist es auch, das Einkommen der **bäuerlichen Bevölkerung** zu verbessern. Nur dann, wenn auch diese Menschen ein entsprechendes Einkommen erzielen, ist eine weitgehende Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln und ein funktionsfähiger ländlicher Raum auf Dauer gewährleistet.

Soweit die regionale Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik für die Erhaltung der Erholungslandschaft nicht ausreicht, sind Bewirtschaftungsprämien zu gewähren. Zur Verhinderung des weiteren Abwanderns der Bevölkerung, wodurch insbesondere die Regionen und Gebiete an den toten Grenzen zu veröden drohen, müssen im ländlichen Raum mehr und bessere Arbeitsplätze geschaffen und die öffentlichen Dienstleistungen verbessert werden.

3.2 Wir zu Hause

Neben der Sanierung von Wirtschaft und Staatshaushalt will die ÖVP die Lebensqualität in der persönlichen Lebenssphäre verbessern: im Bereich der Familie, des Wohnens, der Gesundheit und der Bildung.

● Sich eine Wohnung leisten können.

Die Gesellschaft muß jungen Menschen eine Chance geben, sich auch im persönlichen Bereich selbständig zu machen. Dazu gehört vor allem eine eigene

Wohnung. Die größte Schwierigkeit dabei ist die Finanzierung – meistens fehlt das Geld.

Damit sich junge Menschen eine eigene Wohnung leisten können, wollen wir eine **Wohnstarthilfe** schaffen:

Zur Abdeckung der Eigenmittel beim Erwerb einer Wohnung – ob alt oder neu – soll ein zinsenloser Kredit bis zu S 100.000,- gewährt werden. Wer in den ersten fünf Jahren auf die steuerliche Absetzbarkeit der Wohnbauförderung verzichtet, muß um S 30.000,- weniger zurückzahlen.

Viele Menschen wohnen heute in einer Altwohnung, die sie herrichten müssen. Der Staat benachteiligt sie bei der Förderung. Wir wollen die **Gleichstellung aller Wohnungssuchenden**. Alle Förderungen, wie Wohnstarthilfe, Wohnbauförderung, Steuerbegünstigung und Bauspardarlehen soll es auch für die Adaptierung einer Altwohnung geben.

Der Ruf nach mehr Rechten für den Mieter hat verdeutlicht, daß neue und stärkere Abhängigkeiten für Wohnungseigentümer und Genossenschafter von ihren Genossenschaften und Hausverwaltungen entstanden sind. Wir wollen die **Rechtsstellung des Nutzungsberechtigten** von Genossenschaftswohnungen verbessern. Es soll auch die Möglichkeit geschaffen werden, Eigentum an **Genossenschafts- und Gemeindewohnungen** zu erwerben.

Die Wohnprobleme hören beim Haustor nicht auf. Zum Wohnen gehört auch eine ausreichende Infrastruktur mit Spiel- und Sportplätzen. Sport ist heute eine vernünftige und notwendige Möglichkeit der Freizeitgestaltung ebenso wie die sinnvolle Freizeitgestaltung durch Hobbys, wofür ausreichend Raum und Gelegenheit vorhanden sein soll. Zum Wohnen gehört auch eine funktionierende Nahversorgung: In den letzten zehn Jahren haben 15.000 Geschäfte zugesperrt. Das prägt das Bild unserer Städte und belastet Hausfrauen mit kleinen Kindern und alte Menschen. Wir wollen, daß bei der Neuerrichtung von **Verbrauchergroßmärkten** Standortplätze **genehmigungspflichtig** sind. Den Kaufleuten, die für die Nahversorgung wichtig sind, soll es im Rahmen einer Gesamtöffnungszeit unter Wahrung der Interessen der Handelsangestellten freistehen, ihr Geschäft dann offenzuhalten, wenn es die regionalen branchenmäßigen und saisonalen Bedingungen erfordern und wenn es den spezifischen Wünsche ihrer Kunden entspricht.

Bauky - Kolubow

● Die Gesundheit erhalten.

Es ist keine Frage, daß das Gesundheitssystem dem Grunde nach reorganisiert werden muß. Wir wollen keinen bürokratischen staatlichen Gesundheitsdienst, sondern jedem muß ärztliche Hilfe durch den Hausarzt und in Gruppenpraxen rasch zur Verfügung stehen. Unser Ziel ist: ärztliche Hilfe muß überall auch in der Nacht und am Wochenende erreichbar sein, auch die Menschen im ländlichen Raum dürfen in der ärztlichen Versorgung nicht benachteiligt sein.

Wir wollen neben zentralen Großkliniken die regionalen Spitäler als Besuchsspitäler erhalten, in denen der Kontakt mit der Familie aufrecht bleiben kann. Wir wollen statt einer weiteren Verbürokratisierung im Gesundheitswesen, daß die Gesundenuntersuchungen auf Krankenschein erfolgen. Die freie Wahl muß auch hier gelten.

Gesundheit ist für uns mehr als Arbeitsfähigkeit. Diesen Grundsatz wollen wir Schritt für Schritt in der Sozialversicherung durchsetzen.

Chronisch Kranke und Behinderte sollen unabhängig von der Ursache und der Dauer der Krankheit Anspruch auf die Leistungen der Sozialversicherung haben. Der Hilflosenzuschuß soll unabhängig von der Pensionshöhe nach dem Ausmaß der Pflegebedürftigkeit gestaffelt werden. Mit 80 Jahren sollte man den Anspruch auf Pflege nicht mehr nachweisen müssen. Pensionisten sollen gleiches Recht auf Kuraufenthalt haben wie Aktive.

● Den Familien helfen.

Wir bekennen uns zur unersetzlichen Aufgabe der Familie, die Anspruch auf Hilfe und Schutz durch die Gesellschaft hat. Die Lasten der Kindererziehung müssen gerecht ausgeglichen werden. Die Wahlmöglichkeit der Frau, ob sie einen Beruf ausüben oder Kinder und Haushalt selbst versorgen will, muß voll garantiert werden. Die Mutter, die sich entscheidet, ihre Zeit vor allem der Kindererziehung zu widmen, erbringt eine echte Leistung für die Gesellschaft. Sie hat daher Anspruch auf Anerkennung und angemessene Abgeltung dieser Leistungen.

Deshalb wollen wir die volle Anrechnung der Erziehung eines Kindes vor der Schulpflicht auf die Pension der Frau und die volle Gleichstellung der Hausfrau bei der Gesundheitsfürsorge, besonders bei

Kuraufenthalt. Ein Unterhaltsfonds, mit dem der Staat bei säumiger Alimentation einspringt, und sich dann beim Unterhaltspflichtigen schadlos hält, soll die finanzielle Sicherung von unehelichen Kindern und Kindern aus geschiedenen Ehen gewährleisten.

● Die Bildungschancen erweitern.

Die Zukunft unseres Landes als demokratisches Gemeinwesen, als wirtschaftlich wettbewerbsfähiger Staat und als ein Land des sozialen Friedens hängt in hohem Maße von der Qualität des Bildungswesens ab.

Auch in der Bildungspolitik kann es nicht nur um einen quantitativen Ausbau, sondern es muß um eine qualitative Verbesserung des Bildungswesens gehen.

Nach Auffassung der ÖVP haben folgende Anliegen in diesem Bereich Vorrang:

Der Ausbau des Kindergartenwesens ist eine der wichtigsten Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit. Jedes Bundesland soll einen Kindergartenplan erstellen, nach dem innerhalb von zehn Jahren jedes Kind zwischen dem dritten und fünften Lebensjahr einen Kindergartenplatz zur Verfügung hat.

Das Angebot an Bildungsinstitutionen muß durch den Ausbau der Bildungsberatung überschaubar, das heißt leichter zugänglich gemacht werden, wobei die Information über praxisorientierte, berufsbildende Institutionen, die die Chancen einer interessensmäßigen Berufstätigkeit erhöhen, besonders zu betonen ist. Das 9. Pflichtschuljahr soll als Berufsvorbildung genutzt werden, der Schwerpunkt der Schulpolitik muß in Hinkunft beim berufsbildenden Schulwesen liegen.

Das Prinzip der permanenten Bildung soll durch Einrichtungen der Erwachsenenbildung, Bildungsfreistellung und ORF-Akademie stufenweise realisiert werden, wobei die Ergebnisse anrechnungsfähig in einem Bildungspaß zu verankern sind.

Im universitären Bereich ist die Autonomie der Hochschulen durch eine sinnvolle Dezentralisierung zu stärken, die Formen partnerschaftlicher Zusammenarbeit zu fördern, eine umfassende Verwaltungsreform zur Entlastung der Lehrenden und Forschenden von Verwaltungsarbeiten durchzuführen. Besondere Aufmerksamkeit ist den Ausbildungs-

Handwritten notes: Familienhilfe - Versorgungshilfe, - Behindertenhilfe, - Hilfe

Handwritten notes: Familienhilfe, Wirtschaftl. Förderung, - Beruf / Hochschulbildung, - Studien

möglichkeiten des akademischen Mittelbaus zu widmen.

Der Schulbetrieb ist von bürokratischem Ballast zu befreien. Der Lehrer soll weniger verwalten und mehr pädagogisch arbeiten können. Wir brauchen weniger, aber dafür besser geplante, vorbereitete und kontrollierte **Schulversuche**. Die Schulreform soll nicht zentralistisch von oben diktiert, sondern gemeinsam mit den Betroffenen, den Lehrern, Schülern und Eltern, entwickelt und verwirklicht werden. Zur Verbesserung der Lernbedingungen brauchen wir kleinere Klassen; daher soll die **Höchstschülerzahl** zunächst in der Grundschule schrittweise auf 30 Schüler gesenkt werden. Wir wollen jedem Kind durch eine vernünftige und sparsame Lösung **kostenlose Schulbücher und Arbeitsbehelfe** garantieren. Das Stadt-Land-Gefälle im Bildungsbereich soll zur Verbesserung der Chancengleichheit beseitigt werden. Für den Bedarf an Maturanten, Absolventen berufsbildender Schulen, Lehrern und Akademikern sollen Prognosen als Grundlage für eine **längerfristige Bildungsplanung** erstellt werden.

3.3 Wir in der Gemeinschaft

Wie wir in Zukunft leben, wird wesentlich davon abhängen, ob es gelingt, das Verhältnis von Bürger und Staat zu verbessern. Dazu sind die Möglichkeiten zur Mitgestaltung der Willensbildung auszubauen, dazu ist der Freiheitsraum des Bürgers zu sichern und schließlich ist die Dienstleistungsfunktion staatlicher Einrichtungen zu verstärken.

● **Der Staat muß bürgernah sein.**

Das Verhältnis von Bürger und Staat wird vor allem durch den Mangel an Überschaubarkeit belastet. Immer weniger überblickt der Bürger die Möglichkeiten der Gesetze. Immer mehr braucht er Hilfe und Orientierung.

Dazu soll bei jeder Behörde mit Parteienverkehr eine **Bürger-Service-Stelle** eingerichtet werden, die dem einzelnen Bürger die Abwicklung seiner Behördenwege erleichtert, ihm bei der Bewältigung des Formularekrams hilft und verlässliche Auskünfte über Zuständigkeiten und benötigte Unterlagen erteilt. Durch eine sachgerechte Beratung könnten dem Staatsbürger nicht nur viele Amtswege erspart oder erleichtert werden, sondern er würde über die ihm zustehenden Möglichkeiten und Rechte auch

besser informiert. Durch die Rationalisierung des Parteienverkehrs und den Einsatz moderner Datentechniken ist die Verbesserung des Bürgerservices ohne zusätzliche Schreibtische möglich.

Grundsätzlich liegt ein Ausbau der Mitgestaltungsmöglichkeiten in der Zielsetzung, die Mittel des **föderalistischen Österreich** weiter zu entwickeln. Als Zielsetzung gilt es, anstelle großer zentralistischer Einheiten dem Bürger die Mitgestaltung in der kleinen, erlebbaren und überschaubaren dezentralen Einheit zu ermöglichen.

Die ÖVP will das Leitbild der **sozialen Integration** nicht nur in der Weiterführung der Möglichkeiten des föderalen Aufbaus Österreichs sehen. Der Staat soll als Gemeinschaft aller auch die Zusammenarbeit aller Gruppen der Bevölkerung fördern. Deshalb soll auch die Vielfalt der **Nachbarschaftshilfen** gefördert werden, da hier, etwa bei Krankenbetreuung, Kinderaufsicht und Altenbetreuung, tatsächlich Hilfe und menschliche Nähe miteinander verbunden werden. Der Sozialbereich wird vom reglementierten Wohlfahrtsstaat zur erlebten Gemeinschaft. Dazu könnte auch eine Förderung der bestehenden freiwilligen Sozialdienste beitragen. Durch die Einführung der **Briefwahl** soll dem Wähler, der sich im Ausland befindet, sowie kranken und gebrechlichen Menschen die Teilnahme am Wahlgang erleichtert werden.

Das **aktive Wahlalter** soll so herabgesetzt werden, daß auch die jungen Menschen wahlberechtigt sind, die in dem vor dem Wahljahr gelegenen Jahr das 18. Lebensjahr vollendet haben.

● **Mehr Sicherheit für alle**

Das Verhältnis von Staat und Bürger ist zunehmend auch eine Frage von **Vertrauen und Sicherheit**. Dem Bürger ist vor allem der Schutz seiner Persönlichkeit gegenüber dem Staat und dessen Möglichkeiten einer alles umfassenden Datenspeicherung zuzusichern. Ein **Datenschutz** soll jedem ermöglichen, zu erfahren, was an Daten über ihn gesammelt wird, und zu entscheiden, was davon weitergegeben werden kann.

Die immerwährende Neutralität und das Interesse Österreichs an der Erhaltung des Friedens verlangen eine **sicherheitspolitische Konzeption** Österreichs. Die Unabhängigkeit unseres Landes kann nicht nur durch die Außenpolitik garantiert werden.

Handwritten notes in German: "Wahlrecht - Briefwahl", "Wahlrecht - Wahlrecht", "Datenbank", "Sicherheit", "Lernmöglichkeiten", "Kfz", "Mitarbeiter", "nicht", "abgegeben", "sollte".

An der Seite der Außenpolitik muß auch die umfassende Landesverteidigungspolitik stehen.

Im Rahmen der bestehenden Dienstzeit ist ein konsequenter Übergang zum Milizsystem für den raumgebundenen Einsatz durchzuführen, die kleine, hochmobile Bereitschaftstruppe modern auszustatten und ein Krisenstab zu schaffen, der die Einsatzfähigkeit des Bundesheers bei allen Katastrophen nicht nur außenpolitischer Art durch Erstellung von Modellen, Vorbereitung der Organisation und der technischen Einrichtungen für den Ernstfall sicherstellt.

Insbesondere wäre es notwendig, durch eine jederzeit einsatzfähige „**Terror-Bekämpfungstruppe**“ der Exekutive die österreichische Bevölkerung vor Anschlägen des internationalen Terrorismus zu schützen.

Nicht nur die Sicherheit gegenüber Gefahren von außen ist zu gewährleisten. Der Bevölkerung muß insbesondere **Schutz vor der zunehmenden Kriminalität** geboten werden. Vor allem alte Menschen empfinden in steigendem Maße Angst vor Einbrüchen, Überfällen und Bedrohung ihres Lebens. Es gehört zu den fundamentalsten Schutzaufgaben des Staates, die Kriminalität wirkungsvoll zu bekämpfen. Die persönliche Sicherheit wird auch dadurch gefährdet, daß der Straßenausbau mit der Motorisierung nicht Schritt hält. Der Weg zur Arbeit und Erholung, in den Urlaub sowie der Güterverkehr muß für alle Verkehrsteilnehmer sicher sein.

Der Bau der Autobahnen und der wichtigen Bundesstraßen muß zur Hebung der Verkehrssicherheit und zur Sicherung der Beschäftigungslage beschleunigt werden. Eine raschere Finanzierung soll durch die ungekürzte Verwendung der Bundesmineralölsteuer, durch Sonderfinanzierungen und Sondergesellschaften sichergestellt werden. Dazu ist eine Adaptierung der Dringlichkeitsreihung des Straßenausbaus an die aktuelle Straßenverkehrsplanung und ein umfassendes realistisches Finanzierungskonzept notwendig.

Schließlich ist vom Staat die **Sicherheit der Versorgung** mit lebensnotwendigen Gütern und Rohstoffen zu gewährleisten. Im Rahmen einer langfristigen **Risenvorsorge** muß ein normal verlaufendes Leben der Bevölkerung und eine krisensichere Produktion in einem Mindestzeitraum von 90 Tagen ermöglicht werden. Die Erarbeitung eines Krisenvorsorgekon-

zeptes muß von Gesetzgebung, Verwaltung und Wirtschaft unverzüglich in Angriff genommen werden.

Letztlich wird jedoch Sicherheit und Vertrauen zwischen Bürger und Staat eine Frage der Glaubwürdigkeit der politischen Kräfte sein. Die ÖVP will in diesem Sinn, daß man sich auf ein Kanzlerwort wieder verlassen kann.

● **Unabhängige Information**

Ein **Mediengesetz** hat die Unabhängigkeit der Massenmedien sicherzustellen und für eine moderne Rechtsordnung zu sorgen, die eine demokratische Gestaltung, die Vielfalt und die Offenheit der Information sicherstellt.

Besondere Bedeutung kommt den Massenmedien Hörfunk und Fernsehen zu. Beim ORF ist deshalb jede Nähe zum **Regierungsrundfunk abzubauen**. Die wirkliche Unabhängigkeit im Sinne des Rundfunkvolksbegehrens muß wieder hergestellt werden. Die bestehenden Leitungsgremien sind zu vereinfachen und mit einer klaren Aufgabenstellung auszustatten. Für die Hörer und Seher ist ein besseres Programmangebot und eine kostensparende und wirtschaftliche Unternehmensführung zu sichern. Dazu wird letztlich wieder ein für beide Programme voll verantwortlicher TV-Intendant notwendig sein.

3.4 Wir in der Welt

In einer Zeit, in der das Weltall erobert wird, sind die Distanzen zwischen Menschen und Staaten auf der Erde kürzer geworden. Was irgendwo in der Welt geschieht, ist auch hier in Österreich von Bedeutung. Veränderungen in der großen Politik, Krisen auf anderen Kontinenten, Wandlungen in der internationalen Wirtschaft beeinflussen auch das Schicksal eines kleinen Landes – insbesondere, wenn es an einer Nahtstelle der großen politischen Systeme unserer Welt liegt. Die Gefährlichkeit unserer Zeit und unserer Lage wird uns durch die rasche, fast gleichzeitige Information der modernen Medien bewußt gemacht.

Diese Situation macht in der Außenpolitik Österreichs eine besondere Aufmerksamkeit und Behutsamkeit erforderlich. Außenpolitik darf daher nicht ein Machtinstrument einer Partei sein, sondern muß

Außenpolitik - Neutralität

im Dienst des Staates und seiner Bürger stehen. Es sind folgende Gesichtspunkte zu beachten:

- Die österreichische **Neutralität** ist ein immerwährender Auftrag, die Stellung unseres Landes so zu gestalten, daß seine Unabhängigkeit auch in den Wechselfällen der internationalen Politik gesichert ist. Die österreichische Neutralitätspolitik muß stetig berechenbar und frei von kurzfristigen Opportunitätsabwägungen sein.

- Die Lage Österreichs verlangt eine **Politik der guten Nachbarschaft** – ungeachtet der politischen Systeme dieser Länder, aber im Bewußtsein, ein freier demokratischer Staat zu sein, der von menschlichen Grenzen umgeben sein will und sich die Einmischung jedes Nachbarn verbietet. Zur Lösung des unauflösbaren Streitpunktes muß die aktive Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen und staatstragenden Parteien gesucht werden. Nur ein intensives Verhandeln zwischen allen interessierten Gruppen, ein gemeinsames Suchen ist ein gangbarer Weg. Voraussetzung für Fortschritte in dieser Richtung bildet die gerechte und faire Ermittlung einer objektiven Grundlage, durch die festgestellt werden soll, in welchem Ausmaß und wo schutzwürdige Gruppen der Minderheiten angesiedelt sind.

Wir bekennen uns zu dem im Jahre 1969 mit Italien abgeschlossenen Vertrag (Paket und Operationskalender). Es ist alles zu unternehmen, um auf beiden Seiten die Erledigung der noch offenen Punkte für Südtirol zu erreichen.

- Österreich muß an der Entwicklung Europas teilnehmen und einen eigenen Beitrag zur Mitgestaltung leisten. Bei Wahrung der politischen und wirtschaftlichen Eigeninteressen muß die **europäische Zusammenarbeit** verstärkt und die Harmonisierung der Wirtschaftsgesetzgebung, Marktordnung und Außenpolitik mit den Europäischen Gemeinschaften vorangetrieben werden. Die Durchführung und das Ergebnis des Globalabkommens mit den Europäischen Gemeinschaften ist einer raschen, längst fälligen Überprüfung zu unterziehen, um Möglichkeiten zur Verbesserung unserer Position zu nutzen und insbesondere im Bereich der Landwirtschaft Nachteile für Österreich zu vermeiden.

- Gerade die Anerkennung, die unser Land durch die Berufung eines Österreicherers zum General-

sekretär der **Vereinten Nationen** erhalten hat, verlangt eine **grundsatztreue Politik bei der UNO** und die Bereitschaft zur Mitwirkung an der Sicherung des Friedens. (UNO-Friedenstruppen.)

- Außenpolitik und Wirtschaft stehen heute in enger Verbindung. Aufgabe der Diplomatie ist es daher auch, unsere Position auf den **Exportmärkten** nach Kräften zu unterstützen und auszubauen und nur dort Konzessionen anzubieten, wo auch Vorteile für uns zu erhalten sind. Dazu bedarf es der Festlegung von **außenwirtschaftlichen Schwerpunkten und Leitlinien**, die durch gezielte Refinanzierungssysteme für Großprojekte und Entwicklungsvorhaben abzustützen sind. Damit können österreichische Unternehmer in politisch unsicheren Gebieten und Entwicklungsländern Aufträge übernehmen, neue Märkte erschließen und in Konkurrenz mit großen Industrieländern treten.

- **Internationales Engagement** kann nur auf dem durch Schule und Medien geprägten Bewußtsein aufbauen. Die Menschheit ist heute eine Weltgesellschaft. Dies bewußt zu machen und für dieses Leben in der Weltgesellschaft zu befähigen, muß ein wesentliches Ziel aller Bildungsanstrengungen sein. Da die sprachliche Kommunikation besonders wichtig ist, soll jeder Österreicher unbedingt eine mehrsprachige Ausbildung erhalten. Jeder junge Mensch sollte zumindest einmal Gelegenheit zu einem kurzzeitigen Auslandsaufenthalt (sprachliche Vervollkommnung, Kennenlernen anderer Länder und Verhaltensweisen) bekommen. Internationale Aktivitäten Jugendlicher, wie Einsatz im Internationalen Sozialdienst, Entwicklungshilfe, Bauorden, Internationale Jugend- und Versöhnungslager, sind besonders zu fördern.

- Österreich ist keine große politische Macht, hatte nie Kolonien und gehört keinem Paktsystem an. Das ist eine Chance: Modell zu sein für menschliches Zusammenleben, Zentrum zu werden für geistige und schöpferische Tätigkeit, Begegnung zu bieten für jene, die das Gespräch um eine friedliche Zukunft suchen. Dazu wollen wir ein Zeichen setzen: **eine österreichische Stiftung für den menschlichen Fortschritt**. Im Rahmen dieser Stiftung soll Österreich eine weltweite Forschungsausschreibung durchführen, sich als Internationale Sammelstelle für fortschrittliche Ideen anbieten. Wer zur Lösung

dringlicher Probleme — Entgiftung verseuchter Gewässer, Ersatzprodukte für knappe Rohstoffe, Hungersnot in der Welt — verwertbare Vorschläge präsentiert, erhält einen Preis der Österreich-Stiftung für den menschlichen Fortschritt.

Die Außenpolitik der vergangenen fünf Jahre ist zunehmend im Zeichen der Parteipolitik und nicht der Staatspolitik gestanden. Immer noch sind die Interessen unseres Landes vor den Zielen jeder Partei-Internationale zu sehen. Immer noch geht die Sicherheit unserer Grenzen einem Abenteuer in den Konfliktzonen der Welt vor. Immer noch ist die selbstbewußte eigene Haltung besser als eilfertige Geschäftigkeit bei den Mächtigen dieser Welt. Außenpolitik kann bei einem kleinen neutralen Staat nur im Dienst seiner Bürger stehen. Sie muß sicherstellen, daß wir alles tun, um die Eigenstaatlichkeit Österreichs auszubauen und in der Welt bestehen zu können — in der Gemeinsamkeit einer rot-weiß-roten Politik.

4. Miteinander — nicht gegeneinander

Alles deutet darauf hin, daß Österreich schweren Zeiten entgegenght. Die auf uns zukommenden Probleme sind so groß, daß sie nur bei Einsatz aller Kräfte gemeistert werden können. Eine Alleinregierung, die sich nicht allen Österreichern verpflichtet fühlt, erliegt nur zu leicht der Versuchung, einseitig Belastungen aufzuladen, Minderheiten niederzustimmen und Machterhaltung vor Verantwortung zu stellen. In dieser Zeit müssen wir alle Kräfte mobilisieren.

Aus diesem Grund wird die Österreichische Volkspartei, wenn sie bei der Nationalratswahl am 5. Oktober die mandatsstärkste Partei wird, die beiden anderen im Parlament vertretenen demokratischen Parteien zur Bildung einer Regierung der Zusammenarbeit einladen. Eine Regierung auf breiter Basis bietet in der gegenwärtigen Situation Gewähr dafür, daß Entscheidungen getroffen werden, die auf die Interessen aller Menschen in diesem Land Rücksicht nehmen.

Zusammenarbeit und Kontrolle im Parlament und in der Regierung sollen sich auf dem Boden der gel-

tenden Verfassung nach folgenden Grundsätzen vollziehen:

- Die drei im Parlament vertretenen demokratischen Parteien bilden eine gemeinsame Regierung. Sie einigen sich auf eine Regierungserklärung, in der die **sachlichen Ziele** und die **Grundsätze der Zusammenarbeit** für die bevorstehende Gesetzgebungsperiode niedergelegt sind.
- Die Regierungserklärung enthält ein **konkretes Sanierungsprogramm für die österreichische Wirtschaft**, welches für den Bereich und die Dauer der Sanierungsphase sowohl für die Regierung als auch für die parlamentarischen Fraktionen verpflichtend ist. Das Sanierungsbudget und die weiter notwendigen Gesetzesentwürfe (Pkt. 2 des Wahlprogramms) werden gemeinsam nach den freiwillig eingegangenen Verpflichtungen der Parteien erstellt und dem Parlament vorgelegt.
- Außerhalb des durch das Sanierungsprogramm gezogenen Rahmens gibt es für die Parlamentsfraktionen der drei Parteien in der Ausübung der ihnen durch Verfassung und Geschäftsordnung eingeräumten **parlamentarischen Rechte** keinerlei Beschränkungen. Eine permanente Blockierung von Gesetzesvorlagen durch das Einstimmigkeitsprinzip des Ministerrates ist nicht möglich, weil jede Partei im Parlament initiativ werden kann, wobei die Vorschriften der Geschäftsordnung über die budgetäre Bedeckung von Gesetzesvorschlägen bei Initiativanträgen strikt einzuhalten sind und konkret und überprüfbar sein müssen.
- Die Mittel der **parlamentarischen Kontrolle** stehen den Fraktionen uneingeschränkt offen: Nicht anders als bei einer Alleinregierung hat jeder Minister jedenfalls mit der parlamentarischen Kontrolle durch die Vertreter zweier Parteien zu rechnen. Jede Partei übt damit die Kontrolle über die Regierung im Parlament, aber auch von innen durch die Arbeit auf Regierungsebene und die Kontakte und Kommunikationsmöglichkeiten zwischen den Ressorts aus.
- Die in einer Regierung der Zusammenarbeit vertretenen Parteien verpflichten sich, zur **Siche-**

Zusammenarbeit - Parteien

zung der Kontrolle folgende Maßnahmen sicherzustellen:

- Auf das Verlangen auch nur einer Partei ist ein **Untersuchungsausschuß** einzusetzen.
- Um die Regierungsarbeit für die Öffentlichkeit besser durchschaubar zu machen, sollen die Berichte eine verstärkte **Publizität** erhalten, die Begutachtungsrechte ausgebaut und die Akteneinsicht erweitert werden.
- Der **wissenschaftliche Hilfsapparat** des Parlaments soll ausgebaut werden; insbesondere muß ein Anschluß an die Datenbanken der Verwaltung ermöglicht werden.
- Die Instrumente der **direkten Demokratie** bedürfen vermehrter Beachtung. **Volksbegehren** sind in eine intensive parlamentarische Behandlung zu nehmen. In wichtigen Fragen verpflichten sich die Parteien, Gesetzesbeschlüsse einer **Volksabstimmung** zu unterziehen, wenn es von der in der Minderheit gebliebenen Partei verlangt wird.

Wer der ÖVP am 5. Oktober seine Stimme gibt, gibt sie einer Partei, in der Menschen die Verantwortung tragen, die den Willen und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit haben. Insbesondere in Zeiten der Gefährdung des wirtschaftlichen Wohlstands, der sozialen Einrichtungen und der äußeren Sicherheit wollen wir Österreicher unser Schicksal und unsere Zukunft fest in die eigenen Hände nehmen: Nicht gegeneinander – sondern miteinander: Zusammenarbeit für Österreich.